

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt-Rieser,
Bismarckstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhans, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postkonton.
Dresden 1580.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 184.

Montag, 10. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Melamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Volksentscheid in Preußen gescheitert

Nur rund 980000 Ja-Stimmen abgegeben.

Blutige Ausschreitungen am Bülow-Platz in Berlin. Zwei Polizeihauptleute erschossen. Sprengstoffanschlag auf den Schnellzug Basel—Frankfurt—Berlin.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, daß die bisherige Zählung 9 793 603 Ja-Stimmen in ganz Preußen, 191 300 Nein-Stimmen und rund 236 000 ungültige Stimmen ergeben hat.

Das vorläufige Ergebnis

Berlin, 10. August.
Die theoretisch errechnete Zahl der bei der Reichstagswahl vom September hinter den Parteien des Volksentscheides stehenden Anhänger hätte bei einer unveränderten Beteiligung dieser Wähler ein Ergebnis von 47,7 Prozent Ja-Stimmen erbracht. Dabei waren in 10 von 23 Stimmkreisen Mehrheiten der Volksentscheids-Parteien, die sich zwischen 50,2 und 64 Prozent der Stimmberechtigten bewegten. Das vorliegende Ergebnis zeigt, daß diesmal in keinem einzigen Kreis dieses theoretische Abstimmungsergebnis erreicht worden ist und auch nur in zwei von den 23 Stimmkreisen, Pommern und Mecklenburg, die Mehrheit der Stimmberechtigten eine Ja-Stimme abgab.

Besonders stark bleibt das Ergebnis hinter dem nach den Reichstagswahlergebnissen vom 14. September errechneten in den westlichen Stimmkreisen zurück: In Westfalen-Nord mit 400 773 gegen 606 626 um mehr als ein Drittel, in Westfalen-Süd mit 551 217 gegen 749 032, in Hessen-Nassau mit 554 557 gegen 764 376 und besonders in Rhein-Lahn mit 245 442 gegen 541 233 um weit mehr als die Hälfte. Auch in Düsseldorf-West mit 401 847 gegen 557 059, ferner in Südhannover mit 346 178 gegen 445 340 sind außerordentlich starke Abweichungen gegenüber den Stimmzahlen der Reichstagswahl zuungunsten der Volksentscheids-Partei zu verzeichnen. Das zeigte sich schon bei den ersten einlaufenden Ergebnissen, die außer aus einzelnen Großstädten vorwiegend aus dem Westen kamen, und bei den ersten Zählungen nur ein knappes Drittel der Stimmberechtigten für den Volksentscheid aufwies. Die erwartete Verschiebung des Resultates bei Eingang der östlichen Stimmkreisergebnisse ist zwar eingetreten, aber nur in Form einer unerschütterlich unumstößlichen Erhöhung der Durchschnittszahl für den Volksentscheid, die 38 Prozent der Stimmberechtigten knapp erreicht. Verhältnismäßig viel ungültige und Nein-Stimmen sind in östlichen Stimmkreisen zu verzeichnen, in Ostpreußen mit rund 57 000 etwa 8 Prozent, in Pommern mit rund 51 000 etwa 7 Prozent, in Breslau mit 43 000 etwa 9 Prozent, in Posen mit 32 500 über 9 Prozent, in Oppeln mit über 29 000 genau 10 Prozent der abgegebenen Ja-Stimmen, während sich im Westen die ungültigen und Nein-Stimmen in der Regel um 5 Prozent herum bewegen oder darunter bleiben. Die Großstädte haben fast im ganzen Reich einen noch unter dem Durchschnitt des Gesamtergebnisses bzw. ihrer Stimmkreise liegenden Ertrag an Ja-Stimmen geliefert, so die Stadt Berlin mit wenig über 1 Million Ja-Stimmen von 3,345 Millionen Stimmberechtigten (die Stadt Berlin umfaßt große Teile der Stimmkreise Potsdam 1 u. 2 außer dem eigentlichen Stimmkreis Berlin), so Hannover mit rund 80 000 Ja-Stimmen von 323 57 Stimmberechtigten, so auch Königsberg mit 79 365 von 220 183 Stimmberechtigten und 124 757 für die Volksentscheids-Parteien bei der Reichstagswahl. Besonders stark bleibt Frankfurt a. M. mit 94 472 von 431 647 Stimmberechtigten hinter dem September-Ergebnis zurück, das fast die doppelte Zahl, 183 679 Stimmen, für die Volksentscheids-Parteien ergeben hatte.

Berlin. (Tel. u. Post.) Das Ergebnis der zum Volksentscheid abgegebenen Ja-Stimmen mit rund 9,8 Millionen bleibt hinter dem zur letzten Reichstagswahl für die Parteien, die sich für den Volksentscheid erklärt hatten, zurück, da diese am 14. September in Preußen zusammen rund 12,4 Millionen Stimmen erhalten hatten. Einigen ist das Ergebnis zum Volksentscheid beträchtlich höher als das zum Volksentscheid, da am Volksentscheid 5,955 Mill. Stimmen aufgebracht worden waren. Die Tatsache, daß die für den Volksentscheid aufgetragenen Stimmen so beträchtlich hinter dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl zurückgeblieben sind, ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten in vielen Teilen Preußens der Parole der Partei nicht gefolgt sind, beim im letzten Augenblick abgeblieben haben. So wird aus dem Westen berichtet, daß in mehreren größeren westlichen Städten am Vorabend des Volksentscheides kommunistische Geheimversammlungen

stattfanden, in denen die Parole auf Nichtbeteiligung am Volksentscheid ausgegeben worden sein soll. Beweis derartige Parolen das Ergebnis beeinflusst haben, ist schwer abzuschätzen. Die Wähler der Parteien der Rechten dürften hingegen, wie das vor allen Dingen aus einer Durchsicht der Ergebnisse der ländlichen Wahlkreise im Osten hervorgeht, weitgehend der ausgegebenen Parole gefolgt sein und mit Ja gestimmt haben. Irgendwelche politischen Rückschlüsse, wie bei den kommenden Wahlen die Stimmen der einzelnen Parteien ausfallen würden, läßt der preussische Volksentscheid nicht zu.

Die NSDAP zum Volksentscheid.

München. (Funkpruch.) Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht eine Stellungnahme zum Volksentscheid, in der sie feststellt, daß die Kommunisten fast vollständig dem Volksentscheid ferngeblieben seien, und daß auch die Unterstützung der Parteien der bürgerlichen Mitte nur gering gewesen sei. Weiter belagt die Erklärung, die NSDAP, die sich im Interesse des schaffenden Volkes und der nationalen Sache für diesen Volksentscheid eingesetzt habe, obwohl sie keine Gelegenheit versäumt habe, beizulegen ihre Bedenken gegen das Stahlhelm-Volksbegehren geltend zu machen, dürfe heute mit Stolz darauf hinweisen, daß es auch geklärt gelungen sei, durch die Verkraft ihrer Idee und dem unerfütterlichen Kampfsitz ihrer Anhänger die großen Massen gegen die schwarz-rote Herrschaft in Preußen zu mobilisieren. Es sei nach den Beobachtungen der geistigen Abstimmung ohne Zweifel, daß von den rund 10 Millionen Stimmen für den Volksentscheid mindestens 6 bis 7 Millionen auf das Konto

der Nationalsozialisten zu setzen seien. Nach dem Ergebnis dieser Abstimmung würde die NSDAP, aus einer Neuwahl in Preußen schon heute als die stärkste Partei des Landes hervorgehen. Im übrigen habe der Volksentscheid nur die Tatsache bestätigt, daß die verfassungsmäßigen Bedingungen und die ungeheuer erschwerten Umstände, unter die eine solche Volksabstimmung gestellt sei, die wirkliche Entscheidung des Volkes niemals zum Ausdruck kommen lassen können und jeden zahlenmäßig entscheidenden Erfolg von vornherein unterbinden.

Der Stahlhelm zum Ausgang des Volksentscheids.

Berlin. (Funkpruch.) Das Bundesamt des Stahlhelms erklärt eine Rundgebung zum Ausgang des Volksentscheids, in der es heißt:
Der Kampf geht weiter! Der Volksentscheid hat einen moralischen Erfolg der nationalen Front gebracht. Unsere Front ist weiter gewachsen: 3,8 Millionen stimmten im Young-Volksentscheid, 5,9 Millionen beim Landtag-Volksentscheid, rund 10 Millionen stimmten jetzt beim Volksentscheid für unsere Forderung. Und das, obwohl die Kommunisten entgegen der Parole ihrer Parteileitung fast nirgends zur Urne gegangen sind. Auf 8,8 Millionen Wähler stützt sich heute noch die zur Zeit amtierende Preußenregierung. Doch sie dem Willen der Volksmehrheit nicht mehr entspricht, ist damit eindeutig erwiesen.
Dah die erreichte Stimmzahl nicht zu einem formalen Erfolg genügt, ändert nichts an der Bedeutung des Ergebnisses. Der Stahlhelm wird dieses unter härtestem Terror und unter härtester Anbelohnung der verfassungsmäßigen persönlichen Freiheit zustandgekommene Ergebnis aus staatsrechtlichen Gründen anfechten.

Blutige Zusammenstöße in Berlin.

Zu schweren Zusammenstößen kam es gegen 20,15 Uhr am Bülowplatz. Vor der „Roten Fahne“ hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, um Wahlergebnisse zu erfahren. Die Polizei hatte mehrere starke Patronen ausgefand. Plötzlich fielen vor dem Kinotheater Babylon mehrere Schüsse, durch die der Polizeihauptmann Anlauf und der Polizeihauptmann Lent getötet wurden. Sofort eingeleitete Schupomannschaften säuberten mit blanker Waffe und gezogener Pistole den Bülowplatz. Ein Zivilist wurde verletzt. Alles flüchtete in die anliegenden fast dunklen Nebenstraßen. Die Flüchtenden haben sich in den dunklen Hausfluren zusammengeballt. Alle vorübergehenden Passanten, Automobilisten und Motorradfahrer wurden auf Waffen durchsucht. Die Polizei richtete ihr Hauptaugenmerk auf Fenster und Dächer.

Auch ein zwölfjähriger Knabe erhielt eine Schußverletzung am Anschlag. Die Häuserblöcke in der dortigen Gegend werden systematisch abgesehen. Die Verdächtigen durfte die Häuser nur mit erhobenen Händen betreten und wurde bei Verlassen der Häuser strengste nach Waffen durchsucht. Wie wir weiter erfahren, sind bei den Zusammenstößen auch einige Zivilisten getötet worden.

Da die Schüsse, die die beiden Hauptleute töteten, gerade vor dem Eingang des Kinos Babylon fielen, erfolgte gegen 9,30 Uhr eine systematische Durchsichtigung dieser Kinos. Sämtliche Inassen wurden auf Waffen durchsucht. Die inzwischen eingetroffenen Beamten der Abteilung 1 A wandten ihre Aufmerksamkeit dem Karl-Liebknecht-Haus zu, um festzustellen, wer sich dort in dem Hause befindet. Weitere Durchsichtigungen von Häusern fanden statt in der Lothringer Straße.

Gegen 9,45 Uhr erschienen auf Revier 7, dessen Führer der getötete Hauptmann Anlauf war, Polizeipräsident Erzelski, der Vize-Präsident Dr. Weiß sowie der Kommandeur der Berliner Schupolizei Heimannsberg, die im Verein mit den anderen Führern einen Plan zur durchgreifenden Säuberung des ganzen Komplexes um den Bülowplatz durchsprachen. Bei der Durchsichtigung der Musikerstr.

ale in der Kaiser-Wilhelm-Straße mußte die Polizei vom Gummitüppel Gebrauch machen, da die Teilnehmer an der Kundgebung vielfach renitent wurden. Dabei gab es sechs Verletzte, die eingeliefert wurden.

In den Rettungstellen am Bülowplatz und in der Umgebung sind bis 23 Uhr 1 Toter und 15 Schwerverletzte von Seiten der Kommunisten eingeliefert worden.

20 000 Reichsmark Belohnung.

Berlin. Am 9. August dieses Jahres wurden am Bülow-Platz der Polizeihauptmann Anlauf und der Polizeihauptmann Lent hinterrücks erschossen, der Polizeioberwachmeister Witzig durch zwei Schüsse schwer verletzt.
Am 1. August d. J. wurde in der Frankfurter Allee der Polizeihauptmeister Friedig durch einen Bruchschuß lebensgefährlich verletzt.
Am 30. Juni wurde der Polizeioberwachmeister Emil Kuhfeld in der Frankfurter Allee niedergeschossen.
Am 29. Mai wurde am Senefelder Platz der Polizeihauptwachmeister Jänker durch einen Schuß getötet.

Nach den polizeilichen Ermittlungen kann kein Zweifel daran bestehen, daß es sich in allen vorgenannten Fällen um planmäßige Mordtaten handelt. Kommunistische Terrorgruppen haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die Exekutivorgane des Staates mit Mitteln organisierter Mordtaten zu bekämpfen.

Nach den weiteren polizeilichen Ermittlungen ist anzunehmen, daß die einzelnen kommunistischen Terrorgruppen miteinander in Verbindung stehen und der Führung einer zentralen Stelle unterliegen.

Die obige Belohnung ist für Mitteilungen bestimmt, die dazu führen, die Terrorgruppen, ihre Mitglieder, Führer und Hintermänner zu ermitteln und festzunehmen.

Sachdienliche Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, nimmt das Polizeipräsidium, Abteilung I A, Zimmer 235 C, 239 Kurze 417 und 380 (außerhalb der Dienstadtstunden Zimmer 246 (Hausanruf 552 und 554), sowie jedes Polizeirevier entgegen.
Die Verteilung der ausgesetzten Belohnung erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges.
Berlin, den 10. August 1931.
Der Polizeipräsident